



**SCHOOL-SCOUT.DE**

Unterrichtsmaterialien in digitaler und in gedruckter Form

**Auszug aus:**

*Klausur mit Erwartungshorizont: Die neue Ostpolitik, Rede  
Rainer Barzels (1972)*

Das komplette Material finden Sie hier:

[School-Scout.de](https://www.school-scout.de)





Titel:	Klausur: Die neue Ostpolitik, Rede Rainer Barzels (1972)
Reihe:	Klausuren Geschichte mit Erwartungshorizont und Musterlösung
Bestellnummer:	68020
Kurzvorstellung:	<p>Die neue Ostpolitik (Entspannungspolitik) der sozial-liberalen Regierung um Bundeskanzler Willy Brandt ist in vielen Bundesländern Teil des Lehrplans der Oberstufe. Dieses Material bietet eine ausgefeilte Klausur, die sich mit einer Bewertung der neuen Ostpolitik durch den Führer der Opposition, Rainer Barzel, beschäftigt.</p> <p>Präsentiert werden die Aufgabenstellung sowie eine Musterlösung, die zusätzlich durch eingefügte Kommentare erläutert wird. Der ausführliche Erwartungshorizont macht die Korrektur transparenter und einfacher und gibt den Schüler/innen zusätzlich eine ausführliche Rückmeldung.</p>
Inhaltsübersicht:	<ul style="list-style-type: none"><li>• Arbeitsblatt mit Aufgabenstellung einer möglichen Klausur</li><li>• Musterlösung mit Zwischenüberschriften</li><li>• Hilfe zum richtigen Verständnis der Aufgabenstellung</li><li>• Erwartungshorizont mit Bewertungsschlüssel</li></ul>

## Klausur zur Rede des Oppositionsführers Rainer Barzel

1. Stellen Sie die Argumente Rainer Barzels (CDU), mit denen dieser die Ostpolitik der sozialliberalen Koalition unter Bundeskanzler Willy Brandt kritisiert, dar.  
(30 BE)
2. Erläutern Sie die Voraussetzungen, die Prinzipien sowie die Maßnahmen der neuen Ostpolitik. Stellen Sie hierbei Bezüge zur Quelle her.  
(40 BE)
3. Nehmen Sie zur Argumentation Barzels begründet Stellung.  
(30 BE)



Nachdem die Ostpolitik Brandts von vorherigen Rednern positiv dargestellt wurde, äußerte sich Rainer Barzel<sup>1</sup> (CDU) 1972 im Deutschen Bundestag wie folgt:

**Herr Bundesaußenminister, [...] was soll man davon halten, wenn sie schließen mit dem Satz, Sie hätten den Frieden erreicht? Auch für die Berliner, wo noch geschossen wird? Auch für die Deutschen entlang der Zonengrenze? [...]**

Deutsche Politik, die die Demokraten betreiben, war immer Friedenspolitik, und das wird auch in Zukunft so sein. Die Verantwortlichen der Weimarer Republik haben nichts anderes als Friedenspolitik betrieben, nur Nationalsozialisten und Kommunisten nicht – beide keine Demokraten, beide gewalttätig auch in der innenpolitischen Auseinandersetzung, beide sahen in Gewalt ein Mittel der Politik. Die Kommunisten tun das noch heute. Das lehrt der Schießbefehl ebenso wie der nicht vergessene Einmarsch in die Tschechoslowakei und die Gewalt, die kommunistische Kader in diesen Tagen an unseren Universitäten üben.

So müssen wir hier sagen: Die Außen- und Deutschlandpolitik der Bundesrepublik Deutschland war vor dieser Bundesregierung Friedenspolitik, und sie wird es auch **nach ihr bleiben**. [...]

Unsere Sicherheit und Freiheiten hängen mit dieser oder ohne dieses Vertragswerk – allein vom westlichen Bündnis ab. Nur dieses Bündnis macht den Frieden sicherer, und es ist anmaßend zu behaupten, irgend etwas anderes als dieses Bündnis mache den Frieden „sicherer“. **Gewaltverzicht** auf dem Papier und Schießbefehl in der Wirklichkeit, das ist eine der Widersprüche und Realitäten, die wir nicht mitmachen können und wollen. Entspannung heißt doch, daß beide Seiten einander entgegenkommen. Ausgleich gibt es nur bei Geben und Nehmen.

Das Bündnis und die Freundschaft gelten der Demokratie in Deutschland. Und zur Demokratie gehört **das Recht, in Freiheit ja oder nein zu sagen**. [...]

So muss Friedens- und Entspannungspolitik die diesen Namen verdient, eben frei sein von Machtdenken und Hegemonie und muß aufbauen auf dem beiderseitigen Willen zur Aussöhnung wie auf der gegenseitigen Achtung der elementaren Rechte und Sicherheitsbedürfnisse aller Beteiligten [...]. **Eine solche reale und solide Friedens- und Entspannungspolitik** muss dann auch in eine Beziehung gesetzt werden zu der uns moralisch und verfassungsrechtlich gebotenen Forderung nach Wiederherstellung der deutschen Einheit und auf Grundlage des Selbstbestimmungsrechts.

---

<sup>1</sup> Rainer Barzel war von 1964 bis 1973 Vorsitzender der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, von 1971 bis 1973 Bundesvorsitzender der CDU, später Bundesminister für innerdeutsche Beziehungen sowie Präsident des Deutschen Bundestages.



## Erwartungshorizont

Name: \_\_\_\_\_

<b>Aufgabe 1: (Anforderungsbereich I)</b>		Max. Punkte	Erreichte Punkte
<b>Die Schülerin / der Schüler...</b>			
<b>1</b>	<ul style="list-style-type: none"> <li>○ Einleitungssatz: Der Oppositionsführer kritisiert in seiner Rede wesentliche Elemente der neuen Ostpolitik.</li> <li>○ Anders als von ihr behauptet habe die Bundesregierung den Frieden nicht erreicht; dieser werde durch den Schießbefehl an der Grenze der DDR untergraben.</li> <li>○ Barzel warnt davor, den sozialistischen Staaten zu trauen. Im Gegensatz zu deutschen Demokraten würden Kommunisten keine Friedenspolitik betreiben (Schießbefehl der DDR-Führung, sowjetischer Einmarsch in die Tschechoslowakei). Beide Staaten würden zur Erreichung ihrer politischen Ziele Gewalt einsetzen.</li> <li>○ Die Sicherheit der Bundesrepublik basiere ausschließlich auf dem westlichen Bündnis.</li> <li>○ Der in den Vertragswerken genannte Gewaltverzicht existiere nur auf dem Papier, in der Realität würde er durch den Schießbefehl der (sozialistischen Staaten) konterkariert.</li> <li>○ Entspannungspolitik müsse konkret mit dem Ziel der Wiederherstellung der deutschen Einheit auf Grundlage des Rechts auf Selbstbestimmung (der politischen Verhältnisse) verknüpft werden.</li> <li>○ Man verstehe unter der Lösung der deutschen Frage nicht die Eingliederung der DDR, sondern einen Prozess, an dessen Ende sich das Selbstbestimmungsrecht durchsetze und militärische Bedrohung sowie Behinderung des deutsch-deutschen Austausches entfallen würden. Dieser Prozess werde jedoch durch die Ostverträge verhindert.</li> <li>○ Die Bundesregierung habe in den Verträgen das Recht der Selbstbestimmung sowie das Ziel der Wiedervereinigung nicht genannt und nicht gewahrt.</li> <li>○ Sie habe die militärische Bedrohung der Sowjetunion nicht gebannt und dieser stattdessen den Status quo der Grenzverläufe vertraglich zugesichert.</li> <li>○ Die Ziele der Sowjetunion, der DDR und der Polen seien nahezu vollständig erfüllt, bei den politischen Interessen der Deutschen seien hingegen keine Fortschritte erreicht worden (Barzel fordert ein „Geben“ und „Nehmen“).</li> </ul>	30	
<b>Summe Inhaltliche Leistung Aufgabe 1:</b>		30	



**SCHOOL-SCOUT.DE**

Unterrichtsmaterialien in digitaler und in gedruckter Form

**Auszug aus:**

*Klausur mit Erwartungshorizont: Die neue Ostpolitik, Rede  
Rainer Barzels (1972)*

Das komplette Material finden Sie hier:

[School-Scout.de](http://School-Scout.de)

